

# Konsultation zur psychischen Gesundheit

## Fragen der seelischen Gesundheit als Problem erkannt

Die Europäische Kommission leitete Ende vergangenen Jahres mit einem Grünbuch unter dem Titel „Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union“<sup>1</sup> eine europaweite Konsultation zur psychischen Gesundheit ein. Das Grünbuch soll als Diskussionsgrundlage zur Entwicklung einer EU-weiten Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit dienen.

Hintergrund der Initiative ist die zunehmende Belastung der EU durch psychische Erkrankungen. So leiden Schätzungen zufolge mehr als 27% der erwachsenen Europäer mindestens einmal im Leben unter psychischen Störungen. Die häufigsten psychischen Beschwerden sind dabei Angst und Depressionen. So wird damit gerechnet, dass bis zum Jahr 2020 Depressionen in den Industriestaaten die zweithäufigste Ursache von Erkrankungen sein werden<sup>2</sup>.

Die durch psychische Erkrankungen verursachten Kosten sind erheblich und belasten das Wirtschafts-, Sozial-, und Bildungssystem sowie das Strafverfolgungs- und Justizsystem. Sie sind auch eine der Hauptursachen von Frühverrentung und Invalidisierung. EU-weit belaufen sich die durch Produktivitätsverlust bedingten Kosten psychischer Erkrankungen auf schätzungsweise 3-4% des BIP.

Fragen der seelischen Gesundheit werden daher zunehmend als schwerwiegendes Problem anerkannt und finden innerhalb der Gesundheitspolitik und anderen Politikbereichen der Europäischen Union verstärkte Berücksichtigung<sup>3</sup>.

Mit dem Grünbuch soll ein öffentlicher Konsultationsprozess unter Einschluss der Regierungen, der Angehörigen der Gesundheitsberufe, der Patientenorganisationen, der Forschungsgemeinschaft sowie der Zivilgesellschaft allgemein Aufschluss darüber geben, welchen Stellenwert die psychische Gesundheit für die EU hat, inwieweit Bedarf an einer Strategie auf EU-Ebene besteht und welche prioritären Ziele eine solche Strategie verfolgen könnte.

Die bestehenden umfeld-, traditions- und kulturbedingten Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf den Stellenwert von psychischer Gesundheit aber auch die zum Teil erheblichen Diskrepanzen bei der Krankheitssituation<sup>4</sup> lassen jedoch einfache Schlussfolgerungen und einheitliche Lösungen nicht zu. Unstrittig ist aber, dass Austausch und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sinnvoll und ausbaufähig sind.

Die Kommission sieht sich dabei in der Rolle, Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten zu schaffen, eine Verstärkung der Kohärenz einschlägiger Aktionen im und außerhalb des Gesundheitssektors bzw. in den Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene herbeizuführen und eine Plattform für die Einbeziehung einer großen Zahl von Stakeholdern bei der Lösungsfindung einzurichten.

Mögliche Schwerpunkte der künftigen Strategie liegen für die Kommission in der generellen Förderung der psychischen Gesundheit und Prävention psychischer Erkrankungen.

---

<sup>1</sup>Das Grünbuch zur psychischen Gesundheit dient als Diskussionsgrundlage und ist auf der Website der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz abrufbar:

[http://www.europa.eu.int/comm/health/ph\\_determinants/life\\_style/mental/green\\_paper/mental\\_gp\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/mental/green_paper/mental_gp_de.pdf) (KOM (2005) 484 vom 14. Oktober 2005).

<sup>2</sup> Der Expertenbericht der Kommission aus dem Jahr 2004 „Depressionsbekämpfung“ analysiert Depressionserkrankungen und deren Folgen für die öffentliche Gesundheit, die Sozial- und Wirtschaftssysteme und zeigt Aktionsmöglichkeiten auf: [http://europa.eu.int/comm/health/ph\\_determinants/life\\_style/mental/depression\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/mental/depression_en.htm)

<sup>3</sup> Einen Überblick über von der EU geförderte Projekte und Programme im Bereich der psychischen Gesundheit ist auf der Website der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz abrufbar: [http://www.europa.eu.int/comm/health/ph\\_determinants/life\\_style/projects\\_mental\\_health\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/projects_mental_health_en.htm)

<sup>4</sup> So reicht die Selbstmordrate von 3,6 pro 100.000 Menschen in Griechenland bis zu 44 pro 100.000 Menschen in Litauen (die höchste Rate weltweit).

Dabei sollen insbesondere die Zielgruppen Kinder und Jugendliche, Erwerbstätige, ältere Menschen sowie sozial schwache Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Konkret sind etwa ein ganzheitlicher Ansatz in den Schulen, der die sozialen Kompetenzen und die Widerstandsfähigkeit verbessert und Bullying, Angstzustände und depressive Symptome vermeiden hilft, genannt. Für die Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz ist der Abbau von Stressfaktoren zentral. Hier können eine partizipative Arbeits- und Managementkultur oder eine den Bedürfnissen der Belegschaft entsprechende Arbeitsorganisation Verbesserung bringen.

Für ältere Menschen sind soziale Unterstützungsnetze zur Vermeidung von Isolation wichtig. Bei Risikogruppen werden die Unterstützung der Rückführung auf den Arbeitsmarkt und die Förderung der Beschäftigung psychisch kranker und geistig behinderter Menschen genannt. Im Bereich der Prävention sind die Themen Depressionsprävention und Bekämpfung der durch Substanzgebrauch bedingten Gesundheitsstörungen zentral<sup>5</sup>.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der sozialen Integration psychisch kranker und geistig behinderter Menschen. Hier wird von der Kommission ein Paradigmenwechsel weg von der Betreuung in großen psychiatrischen Anstalten hin zu einer gemeindenahen Versorgung gefordert. Eine Deinstitutionalisierung der psychiatrischen Versorgung und entsprechende Betreuung in der Primärversorgung, in Gemeinschaftszentren und in Allgemeinkrankenhäusern soll die soziale Integration unterstützen und die Lebensqualität kranker Menschen verbessern.

Festgestellt wird zudem der Bedarf an Informationen und Daten über die sozialen, demographischen und wirtschaftlichen Determinanten der psychischen Gesundheit aber auch über länderspezifische Unterschiede, über die Infrastruktur der Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention sowie über die einschlägigen Tätigkeiten und verfügbaren Ressourcen.

Von der Kommission wird daher die Vereinheitlichung bestehender nationaler und internationaler Indikatoren für psychische Gesundheit und geistige Behinderung sowie die Schaffung eines EU-weiten Bestands an vergleichbaren Daten vorgeschlagen. Durch die Einrichtung einer Schnittstelle zwischen Politik und Forschung, sollen Gemeinschafts- und nationale Behörden, akademische Einrichtungen und sonstige Stakeholder zusammengeführt werden, um Beratung hinsichtlich der einschlägigen Indikatoren für psychische Gesundheit in der EU zu leisten und Prioritäten für die Forschung auf EU-Ebene zu setzen.

Im Wege des eingeleiteten Konsultationsprozesses möchte die Kommission Vorschläge zur Förderung der psychischen Gesundheit, zur Bekämpfung von Depressionen, Best Practices bei der Förderung der sozialen Integration psychisch Kranker und geistig behinderter Menschen und eine bessere Verknüpfung zwischen Forschung und Politik im Bereich der psychischen Gesundheit erarbeiten. Dabei sind bis zum Ende 2006 die Analyse der eingegangenen Beiträge und ein Vorschlag für eine EU-Strategie zur psychischen Gesundheit vorgesehen.

Der Konsultationsprozess wird dabei von drei thematischen Konferenzen begleitet, von denen die erste im Januar 2006 zum Thema „Förderung und Prävention im Bereich psychischer Gesundheit“ stattfand.

Hierbei wurde die Notwendigkeit zur Erweiterung von Kapazitäten bei den Angehörigen der Gesundheitsberufe, Freiwilligen und anderen beteiligten Organisationen festgestellt. Die EU-weite Bildung von Netzwerken unter Beteiligung von u.a. Krankenhäusern und Kommunen zum Austausch von „Best Practices“ wurde als besonders wichtig erachtet. Auch ein multisektoraler Ansatz im Sinne von Partnerschaften außerhalb des Gesundheitssektors - etwa mit Unternehmen und Gewerkschaften zur Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz – sei für den Erfolg der Strategie entscheidend.

---

<sup>5</sup> Ein erfolgreiches Projekt auf dem Gebiet der Depressionsbekämpfung ist z.B. die „European Alliance against Depression“ (EAAD), das aus dem Gemeinschaftsprogramm „Öffentliche Gesundheit 2003-2008“ kofinanziert und von der Ludwig-Maximilians-Universität München (2004-2005) durchgeführt wurde. Hier gelang es, durch regionale Informationsnetze, an denen der Gesundheitssektor, Patienten und deren Angehörige, Multiplikatoren auf Gemeindeebene und die Öffentlichkeit beteiligt wurden, Depressionen und suizidales Verhalten spürbar einzudämmen. So konnte die Zahl versuchter und verübter Selbstmorde, besonders bei jungen Menschen um 25 % abgesenkt werden.

Die nächsten Konferenzen im Rahmen des Konsultationsprozesses werden am 16./17. März zum Thema „Soziale Eingliederung und Grundrechte im Bereich der psychischen Gesundheit“ sowie „Information, Daten und Wissen über die psychische Gesundheit“ am 18./19. Mai 2006 stattfinden<sup>6</sup>.

Die Kommission fordert Angehörige der Gesundheitsberufe, Patientenorganisationen, Regierungen, die Forschungsgemeinschaft und die Zivilgesellschaft auf, sich an der Vorbereitung einer EU-Strategie für psychische Gesundheit zu beteiligen.

Konsultationsbeiträge können bis zum 31. Mai 2006 an die E-Mail Adresse: „[mental-health@cec.eu.int](mailto:mental-health@cec.eu.int)“ oder auf dem Postwege an die Anschrift Europäische Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Referat C/2 „Gesundheitsinformation“, L-2920 Luxemburg übermittelt werden<sup>7</sup>.

KU Gesundheitsmanagement, 04/2006

*Sandra Barghoorn, BFS Europa-Service, Büro Brüssel.*

---

<sup>6</sup> Nähere Informationen sind auf der Website der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz abrufbar: [http://www.europa.eu.int/comm/health/ph\\_determinants/life\\_style/mental/green\\_paper/consultation\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/mental/green_paper/consultation_en.htm)

<sup>7</sup> Ausführliche Informationen zum Grünbuch der Kommission sind auf der Website der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz abrufbar: [http://www.europa.eu.int/comm/health/ph\\_determinants/life\\_style/mental\\_health\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/mental_health_en.htm)